

Nr. 19/04 vom 19.02.2019

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

Abschlussbericht der WSB-Kommission – Bewertung und Ausblick

Berlin. Kurz nach Veröffentlichung des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zur Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland wurde bereits am 13. Februar 2019 im Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ über die empfohlenen Maßnahmen diskutiert und dargelegt, welche Schritte nun seitens der Bundesregierung eingeleitet werden sollten.

Die WSB-Kommission habe in den vergangenen Monaten Großes geleistet und trotz der teilweise kontroversen Positionen stets konstruktiv zusammengearbeitet, lobte Dr. Georg Schütte, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Arbeit der Kommission. In seiner Einleitung betonte Joachim Rumstadt, Vorsitzender der Geschäftsführung der STEAG GmbH sowie Stellv. Vorstandsvorsitzender des Forum für Zukunftsenergien e.V., dass Steuerzahler und Stromkunden der Kommission nicht angehört hätten und es für Außenstehende unverständlich sei, wie ein so umfangreicher Arbeitsauftrag erteilt werden konnte, ohne einen politisch abgesprochenen Finanzrahmen vorzugeben. Ferner verwies er auf die Notwendigkeit einer Antwort auf die Frage, wie wir als zentrales Land in Europa mit unseren Nachbarn umgehen, deren Energieversorgungssysteme wir durch unsere Weichenstellungen massiv beeinflussen. Staatssekretär Dr. Schütte stellte klar, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung eine dekadenübergreifende Herausforderung werde. Die Bundesregierung werde nun eine tragfähige Regierungsstrategie zum Wohle der Reviere entwickeln und neben einem kurzfristigen Sofortmaßnahmenprogramm, bis Mai ein Maßnahmengesetz auflegen. Neben dem Umbau des Energiesystems sei es nun Aufgabe, auch industriepolitisch neue Wege zu gehen. Es müsse perspektivisch gelingen, innovationspolitische Konzepte für die Regionen mit dem Umbau des Energiesystems zu verbinden. Er gibt zu bedenken, dass es in den kommenden 20 Jahren Entwicklungen geben wird, die wir heute nicht absehen können und plädierte deshalb für eine technologieoffene Herangehensweise.

Die Vorsitzende der WSB-Kommission, Prof. Dr. Barbara Praetorius, Professorin für Nachhaltigkeit, Umwelt- und Energieökonomie und –politik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, betonte, dass der Abschlussbericht ein sorgfältig austarierter Gesamtkonsens sei, der zerfalle sobald einzelne Teile verändert bzw. entnommen würden. Daher erwarte die Kommission, dass die Empfehlungen in Gänze umgesetzt werden. Die Empfehlungen stellten hierbei, wenn schrittweise die Kohlekapazitäten reduziert und gleichzeitig die Erneuerbaren Energien und Netze ausgebaut würden, einen Plan für einen wirksamen Klimaschutz dar. Die Prämisse für eine Umsetzung müsse eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung sein. Um die preislichen Signale am Markt zu stärken sei es notwendig, die überschüssigen Zertifikate im EU ETS stillzulegen, um Verschiebungen der Emissionen ins Ausland zu verhindern. Insgesamt gebe der Abschlussbericht allen Akteuren Planungssicherheit und basiere auf den bestehenden wirtschaftspolitischen Grundsätzen.

Durch den Bericht der WSB-Kommission seien das Spiel der Extremgutachten beendet und die Positionen zusammengeführt worden, unterstrich Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Kurator des Forum für Zukunftsenergien e.V. sowie Mitglied der WSB-Kommission. Die Empfehlungen zielten auf die Erreichung des Sektorziels „Energie“ hin und seien daher

auch mit der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens vereinbar. Insbesondere die Einigung auf „Checkpoints“ in den Jahren 2023, 2026 und 2029 sei ihm ein wichtiges Anliegen gewesen. Diese sicherten einen Realitätsbezug und die Möglichkeit, z.B. die Auswirkungen des Kernenergieausstiegs interdisziplinär zu beurteilen. Welche Reduktion der Kohleverstromung möglich ist, sei nicht zuletzt durch den Fortschritt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netze bedingt. Des Weiteren betonte er die Notwendigkeit, „partnerschaftlich“ und kritisch über die Umsetzung zu diskutieren, jedoch nicht zu viele „Horrorszenarien“ zu schaffen.

Der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Dr. Utz Tillmann, warnte in seinem Statement vor einem „Rosinenpicken“ bei der Umsetzung der Beschlüsse der WSB-Kommission – dadurch käme es zu einer Unwucht der Energiepolitik. Um die energieintensiven Unternehmen von Preissteigerungen durch den Kohleausstieg zu entlasten, forderte er die Bundesregierung auf, zusammen mit der Europäischen Kommission ein beihilferechtskonformes Instrument zu entwickeln. Dies sei eine zwingende Voraussetzung für einen frühzeitigen Kohleausstieg. Eine weitere Herausforderung für seine Branche sei die durch einen frühzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung sich abzeichnende Lücke bei der Versorgungssicherheit. Auch Dr. Tillmann unterstrich die Notwendigkeit einer Überprüfung des Fortschritts der Umsetzung der Empfehlungen an einzelnen „Checkpoints“. Eine positive Bewertung der Aspekte Versorgungssicherheit, Strompreisniveau, Klimaschutz, Weiterentwicklung EU-Beihilferechts und Strukturentwicklung an den „Checkpoints“ müsse hierbei Bedingung für weitere Abschaltungen sein.

Dr. Rolf-Martin Schmitz, Vorsitzender des Vorstandes der RWE AG sowie Kurator des Forum für Zukunftsenergien e.V. machte zunächst deutlich, dass eine Umsetzung der Empfehlungen der WSB-Kommission gravierende Folgen für das Braunkohlegeschäft von RWE habe. Dabei sei es positiv, dass der Kompromiss einen großen Schwerpunkt auf die Situation der Beschäftigten gelegt habe, denn es könne nicht sein, dass diese am Ende die Leidtragenden politischer Eingriffe würden. Zugleich sehe er eine Chance, Planungssicherheit für die Branche zu erlangen, wenn die Empfehlungen von der Politik nun vernünftig umgesetzt würden. Der Kohleausstieg sei kein triviales Vorhaben, weshalb es gut sei, dass die Kommission ebenfalls den Ausbau der Erneuerbaren Energien, KWK und der Sektorenkopplung benannt habe. Abschließend betonte Dr. Schmitz, dass im Fall einer erfolgreichen Umsetzung des Strukturwandels in der Energiewirtschaft dieser eine Blaupause für andere Industrien darstellen könne.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit Andreas Lämmel, MdB (CDU/CSU), Ullrich Freese, MdB (SPD), Judith Skudelny, MdB (FDP), Ralph Lenkert, MdB (DIE LINKE) und Dr. Julia Verlinden, MdB (Bündnis 90/Die Grünen) unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., wurde deutlich, dass bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestag noch keine gemeinsamen Vorstellungen bezüglich der Umsetzung der Empfehlungen bestehen. Lämmel betonte, dass derzeit bereits ohne Kohleausstieg erhebliche Probleme bei der Versorgungssicherheit bestünden. So müsse man auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien und des Netzes achten, um die Versorgungssicherheit nicht weiter zu gefährden. Ein Ende der Kohleverstromung für 2038 sei daher keineswegs in „Stein gemeißelt“, so Lämmel. Freese machte deutlich, dass bezüglich der Finanzierung derzeit noch viele ungeklärte Fragen im Raum stünden und das Parlament sich nicht als „Zahlmeister“ verstehe. Es sei nun an der Zeit, konkrete Maßnahmen umzusetzen und z.B. die Ansiedlung eines Wasserstoffkompetenzzentrums in der Lausitz anzugehen. Hierbei gehe es im Kern darum, die Regionen zukunftssicher zu machen, was nur in Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmern gelingen könne. Skudelny unterstrich in ihrem Statement die Forderung, dass der EU ETS das geeignetere Steuerungsinstrument für den Klimaschutz sei, da es hier nicht um bestimmte Stromquellen, sondern vielmehr um die günstigste Einsparung von CO₂ gehe. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Begleitung eines Strukturwandels seien ausreichend, jedoch bezweifle sie, dass diese wie beschrieben umgesetzt würden. Insgesamt kritisierte Skudelny grundsätzlich, dass der Kohleausstieg nicht mit den europäischen Nachbarn abgesprochen sei und daher die Versorgungssicherheit in Gefahr bringe, da diese nicht mehr national gewährleistet werden könne. Lenkert räumte ein, dass die

empfohlenen Maßnahmen finanziell durchaus „stemmbar“ seien, bereits abgeschriebene Kraftwerke jedoch nicht „vergoldet“ werden dürften. Der Forderung nach Entlastung der energieintensiven Industrie von einem Strompreisanstieg erteilte er eine Absage und unterstrich, dass bereits ausreichende Befreiungstatbestände bestünden. Für die zukünftige Versorgungssicherheit gebe es schon Konzepte, allerdings würden derzeit Speichern die notwendige betriebswirtschaftliche Basis genommen, kritisierte Lenkert. Dr. Verlinden stellte heraus, dass der Kompromiss ein Signal für alle sei, die das Energiesystem der Zukunft mitgestalten wollten. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sei es nun erforderlich, Speicher und Power-to-Gas zu fördern. Sollte das Ziel wirklich eine nachhaltige Energieversorgung sein, so Dr. Verlinden, müsse die Bundesregierung nun endlich die passenden Rahmenbedingung für neue Technologien setzen.

Wir danken der RWE Aktiengesellschaft und dem Verband der Chemischen Industrie e.V. für die Unterstützung sowie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. für die Gastfreundschaft.



Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV